

Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14.
In Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streissand,
in Merseburg bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Nr. 428.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 21. Juni.

Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. L. Daube & Co.,
Hasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Inserate 20 Pf. bis sechsgeschallige Zeitzeile oder deren
Kamm, Monogramme verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Amtliches.

Berlin, 20. Juni. Der König hat dem Landgerichts-Präsidenten Maus in Köln den Charakter als Geheimer Ober-Justizrat mit dem Range der Räthe zweiter Klasse und dem Tapezierer H. Schönduwe jun. zu Dannenberg in der Provinz Hannover das Prädikat eines königl. Hof-Tapezierers verliehen.

Den ordentlichen Lehrern Dr. Franzen am Realgymnasium zu Krefeld, Dr. Zimmermann am Realgymnasium zu Limburg a. L. und Rottmann an der höheren Bürgerschule zu Dortmund ist das Prädikat Überlehrer beigelegt worden.

Der Ober-Landesgerichtsrath Jäger in Köln ist in Folge seiner Ernennung zum Reichsgerichtsrath aus dem preußischen Justizdienst geschieden. Versetzt sind: der Amtsgerichtsrath Schulz in Thorn als Landgerichtsrath an das Landgericht dasselb, der Landrichter Endow in Halle a. S. an das Landgericht I. in Berlin, der Amtsrichter Baum in Neusalz an das Amtsgericht in Görlitz, der Amtsrichter Deutsch in Nieder-Würsiegendorf an das Amtsgericht in Waldenburg und der Amtsrichter Trappe in Sonnenburg an das Amtsgericht in Bitterfeld. Die nachgejuchte Dienstentlassung mit Renten ist ertheilt: dem Landgerichtsrath Pahlke in Elbing, dem Landgerichtsrath Clavé von Bahabéen in Coblenz und dem Amtsgerichtsrath Craneer in Mühlhausen. Staatsanwalt Westphal in Oppeln ist an das Landgericht in Mühlberg versetzt.

In der Liste der Rechtsanwälte ist gelöscht: der Rechtsanwalt, Justizrat Pickering bei dem Landgericht in Elbing. In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Gerichtsassessor Siepmann bei dem Landgericht in Köln, der Gerichtsassessor Gersdorff bei dem Landgericht in Guben und der Gerichtsassessor Dr. Feidler bei dem Landgericht I. in Berlin. Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Heilbron in Berlin ist in Folge rechtskräftigen Straferkenntnisses seines Amtes verlustig gegangen. Der Kreisgerichtsrath z. D. Groß in Posen, der Amtsgerichtsrath Henseling in Peine, der Amtsgerichtsrath Bratke in Rawitsch, der Amtsrichter Hoffmann in Stallupönen, der Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Spiegelthal in Frankfurt a. O. und der Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Mellien in Berlin sind gestorben.

Politische Uebersicht.

Posen, 21. Juni.

Über den Rücktritt des Finanzministers Bitter findet der Leser in der weiter unten folgenden berliner C. Korrespondenz weitere Mittheilungen.

Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ kann die Freisprechung des Professors Mommsen natürlich nicht vorübergehen lassen, ohne gegen die Richter und gegen ihn eitliche Ausfälle zu richten. Soweit es das Preßgesetz zuläßt, giebt sie zu verstehen, daß ihres Erachtens durch diese Freisprechung „das Vertrauen des Volkes in die Gleichheit des Rechts erschüttert werden könnte“. Nur darum natürlich ist es der braven „N. A. Z.“ zu thun.

Von der letzten Reichstagssitzung schreibt man auswärtigen Blättern: Wenn die ganze Tagesordnung hätte erledigt werden sollen — es waren nicht weniger als 26 Nummern angesetzt — so hätte die Nacht zu Hilfe genommen werden müssen. Es ist zu bedauern, daß nicht wenigstens noch einzelne der bis jetzt vorliegenden Berichte der Petitionskommission noch zur Verhandlung kamen: das Publikum hätte ganz interessante Dinge daraus erfahren können. Im Mittelmeere fängt man kleine aalartige Fische, Anguillotti, welche geröstet in sehr verdiinten, ein klein wenig gewürzte Eßigbrühe eingelegt und in Fässer verpackt werden; auf die oberste Lage werden 10 bis 12 Lorbeerblätter gelegt. So kamen sie nach Süddeutschland, wo sie durchaus keinen Luxusartikel, sondern einen Konsumartikel für das Volk bilden. Als sie noch mit 3 Mark per 100 Kilogramm verzollt wurden, konnte man sie in München und Augsburg zu 26—50 Mark pro 100 Kilo kaufen, seit Mitte Oktober 1880 erhob man aber von diesen Fischen einen Zoll von 60 Mark, also von 120 bis über 200 Prozent des Werthes. Süddeutsche Kaufleute führen darüber beim Reichstage Beschwerde. In der Sitzung der Petitionskommission vom 7. d. Wts., welcher der Geheimen Regierungsrath Triest als Regierungskommissar beiwohnte, sprach der Referent, der Abgeordnete Reich, seine Meinung dahin aus, daß der Reichstag bei Feststellung des neuen Zolltariffs im Jahre 1877 unstreitig nicht die Absicht gehabt habe, einen so billigen Artikel mit einem Zoll von 120 bis 200 p.C. des Werthes zu belegen, und daß er den Wunsch der Petenten, den Artikel „Anguillotti“ wieder mit 3 M. zu besteuern, für vollständig gerechtfertigt halten müsse. Der Regierungskommissar dagegen nahm das Verhalten der Zollbehörden in Schutz: Der geltende Zolltarif disponiere über die marinirten Fische in Fässern nicht ausdrücklich, ebenso wenig ergäben die Verhandlungen des Reichstages über den Tarif näheren Anhalt rücksichtlich der Tarifirung der genannten Waaren. Da die Anguillotti, nach Angabe der Petenten selbst mit Eßig und Gewürz oder Lorbeerblättern eingemacht seien, so sei es ganz in der Ordnung, wenn sie als „zubereites Fische“ der höheren Tarifklasse zugethieilt würden. Die Kommission war indessen entgegengesetzter Meinung: sie schloß sich, obgleich sie eine Reihe der entschiedensten Anhänger der neuen Wirtschaftspolitik in sich zählt, einstimmig dem Antrage des Referenten an und empfahl dem Reichstage, die Petitionen dem Reichskanzler zur Verfol-

sichtigung zu überweisen. Wäre dieser Gegenstand noch zur Verhandlung gekommen, so würde das Resultat gewesen sein, daß ein weiteres Steinchen aus dem bis dahin so festen Gefüge des Schutzzolltarifs herausgebrochen worden wäre und die Zolltarifnovelle eine recht pilante Ergänzung gefunden hätte.

Die „Berl. Pol. Nachr.“ meldeten vor einigen Tagen, daß die Ausarbeitung einer Abänderung des Stempelgesetzes, „durch welche den berechtigten Ansprüchen des Grundbesitzes genügt werden soll“, angeordnet und bereits so weit gefördert sei, daß in naher Zeit die entscheidende Beschlusssfassung des Staatsministeriums erfolgen könne. In Bestätigung dieser Nachricht erfährt die „Voss. Ztg.“ jetzt Folgendes: Es wird lediglich beabsichtigt, die für Kaufverträge über inländische Grundstücke, sowie für Auflösungsverklärungen vorgeschriebene Stempelabgabe von 1 Prozent des Kaufpreises, bezw. des Werthes des aufgelassenen Grundstückes zu ermäßigen. Dies entspricht dem in der letzten Landtagsession seitens des Abg. Richter im Abgeordnetenhaus eingebrochenen Antrage, welcher, außer anderen Erleichterungen der Steuerzahler, eine Herabsetzung des Stempels auf Verkäufe von Immobilien und des Mietshs- und Pachtstempels für Verträge mit längerer Gültigkeitsdauer forderte. Die Provinzialbehörden waren bereits im März 1880 durch eine Verfügung des Finanzministers aufgefordert worden, sich über die Frage zu äußern, ob nach den in ihren Verwaltungsbezirken bestehenden Verhältnissen eine Herabsetzung des der preußischen Staatskasse eine Einnahme von etwa 18 bis 19 Millionen Mark zuführenden Immobilien-, Kauf- und Auflösungsstempels im Interesse des Grundbesitzes für geboten zu erachten sei. Im Übrigen soll das alte preußische Stempelgesetz, weil es in sehr nahen Beziehungen zum Zivilrecht steht, bis zum Erscheinen des in Vorbereitung begriffenen deutschen Zivilgesetzbuches in Kraft bleiben.

Der Verein für die Reform und Kodifikation des Völkerrechts wird seine nächste Generalversammlung am 8. August in Liverpool abhalten und hat die Einladungen auch an die dem Verein angehörenden deutschen Handelsvorstände gerichtet.

Im schwäbischen Ständerath hat die Berathung der bundesrätlichen Botschaft betreffend die Ausführung des Art. 27 der Bundesverfassung, das die Ertheilung eines genügenden obligatorischen unentgeltlichen Elementarunterrichts unter staatlicher Leitung, begonnen. Dieser Antrag bildet einen Hauptbehandlungsgegenstand der gegenwärtigen Session. Die Minderheit der Kommission beantragt Nichtintervention in die Berathung, weil der erwähnte Artikel der Bundesverfassung die Sorge für den Elementarunterricht dem Bunde überlässe, wobei ihm die Befugnis zustehe, gegen Kantone, welche ihren verfassungsmäßigen Verpflichtungen nicht nachkommen, die nötigen Maßregeln zu treffen, und weil laut Artikel 102 der Bundesverfassung der Bundesrath für Beobachtung derselben zu sorgen habe, daher ein besonderes Gesetz für Vollziehung jenes Art. 27 nicht notwendig sei; die Mehrheit der Kommission dagegen stellt den Antrag auf Eintritt in die Berathung. Für den Minderheitsantrag sprachen hauptsächlich die Ultramontane.

„Die Schule“, sagte einer ihrer Vorfürster, „sei nicht Staatschule allein. Wenn sie richtig aufgefaßt werde, so habe sie drei natürliche Patrone: die Familie, den Staat und die Kirche. Würde einer dieser Faktoren nicht berücksichtigt, würde von einer wahrhaft sittlichen und religiösen Erziehung nicht mehr die Rede sein können. Dies beweise die Geschichte des Alterthums und der Neuzeit.“

Ein anderer ultramontaner Redner erhob sogar im Namen der gesammten katholischen Welt Einspruch gegen den Erlass eines eidgenössischen Schulgesetzes. In langer Rede beleuchtete Bundesrath Schenk den Standpunkt des Bundesraths. Er sagte:

„Auf dem Wege des Rekursverfahrens könne der Bund keinen klaren Einblick in die kantone Leitung der Schule erhalten, weil es Thatache ist, daß je einiger Kanton in der Erfüllung der ihm von Bunde auferlegten Verpflichtungen sei, man um so mehr verzichtet sein könne, daß keine Beschwerde über die Verleihung der in Art. 27 der Bundesverfassung an die Kantone enthaltenen Forderungen dem Bundesrath zugehe. Nur auf dem Wege der Gesetzgebung könne die Verfassung richtig ausgelegt werden.“

Die „France“ hat wieder einmal deutsche Spione entdeckt. Sie schreibt:

„Es kommt uns zu Ohren, daß auf verschiedenen Punkten unseres Landgebietes belgische Arbeiter, die sich für Franzosen aus dem Norddepartement ausgeben, durch das flache Land ziehen und in den Wirthshäusern die gehäufigsten Reden führen. Frankreich, sagen sie, ist rettungslos verloren; im Falle eines Krieges mit Deutschland könnte sein Widerstand kaum einige Wochen dauern u. s. w. Diese Belgier erhalten von der deutschen Regierung für ihr schmähliches Treiben einen monatlichen Lohn von 50 bis 100 Mark; außerdem werden ihnen von preußischen Agenten, die an der Grenze posirt sind, noch alle Reisekosten vergütet. Man verfolgt damit den Zweck, sich einmal über die Geistigkeiten unserer Landbevölkerung hinsichtlich des Fälls eines neuen deutsch-französischen Krieges zu unterrichten und zweitens sie zu demoralisieren, indem man die Gewissheit der künftigen Niederlage unseres Vaterlandes über die Dächer schreit.“ Während die „France“ solchen Unstum verbreitet, müssen Pariser Blätter selbst anzeigen, daß ein französischer Offizier, der

Hauptmann Victor Didier, auf italienischem Boden, in Triora unter dem dringenden Verdacht der Spionage verhaftet, nach San Remo gebracht und dort zunächst einmal wegen Führung verbotener Waffen zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden ist. Es besteht nämlich in Italien ein nach seinem Urheber Lanza benanntes, hauptsächlich gegen das Napolerthum gerichtetes Gesetz, welches die Führung von Waffen, die ein gewisses Kaliber nicht innehalten, sehr streng verpönt und der Revolver, den man bei dem Hauptmann Didier fand, fiel in diese Kategorie. Didier hatte auch ein Album bei sich, wie er sagt, nur Aufnahmen von Landschaften enthaltend; er gibt vor, die Reise nur zu seinem Vergnügen unternommen, dabei aber auch gelegentlich den berühmten Feldzug Masséna's vom Jahre 1794 studirt zu haben.

Die Meldung, daß die Behörden in Dublin umfassende Vorkehrungen gegen einen befürchteten Feindraufzug anstreben, wird allerseits durchaus bestätigt. Der Militär-Kommandant in Dublin erließ einen vertraulichen Befehl an die untergeordneten Militärbehörden, in welchem selbst die geringfügigsten Details bezüglich einer sofortigen Bereitschaft für alle Waffengattungen angeordnet werden sollen. Artillerie wird bereit gehalten und alle militärisch wichtigen Punkte Dublins sind besetzt. Die Regierung ist sonach auf alle Eventualitäten vorbereitet. Die Polizei muß sehr bestimmt laufende Nachrichten über den in Irland geplanten bemühten Aufstand erhalten haben, die dann zunächst zu der Entdeckung des bedeutenden Waffen- und Munitionsdepots in Clerkenwell geführt haben.

Der Zusammentritt der Konferenz wird trotz der Nichtbeteiligung der Pforte als ein wesentlicher Schritt zur Lösung der egyptischen Frage angesehen, weil damit alle und jede Verschiedenheit in der Behandlung der Angelegenheit durch die Mächte fortfällt, und die Beschlüsse der Konferenz als Beschlüsse Europas vor der Pforte schwerlich zurückgewiesen werden können. Als im Laufe der letzten Woche der Sultan hartnäckig bei seiner Begehrung, die Konferenz anzunehmen, beharrte, hat Freycinet vorgeschlagen, den Sitz derselben nach einer anderen Hauptstadt zu verlegen. Hierüber fanden bereits Verhandlungen zwischen den Mächten statt, als der Sultan schließlich erklärte, daß er mit dem Zusammentreten der Konferenz in Konstantinopel behufs Berathung über die Wiederherstellung geordneter Zustände in Egypten und behufs Vereinbarung von Maßregeln zur Verhütung der Wiederkehr von Ruhestörungen auf der Basis der ihm durch die Mächte gemachten Mittheilungen einverstanden wäre und nicht verfehlt würde, die Beschlüsse dieser Konferenz in ernste Erwägung zu ziehen.

Die offiziellen Einladungen zur Konferenz sind erst am 20. d. wie die „N. Ztg.“ meldet, von Paris aus expediert worden. Die deutsche Regierung hat daselbst notifiziert, daß der Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Konstantinopel, von Hirschfeld, angewiesen worden sei, Deutschland auf der Konferenz zu vertreten. Die Meldung der Journale betreffs der Sendung zweier Bevollmächtigter ist falsch. Ein Telegramm der „Agence Havas“ aus Konstantinopel meldet, die Botschafter hätten nochmals den Versuch gemacht, die Pforte zur Theilnahme an der Konferenz zu gewinnen, aber vergebens. Jedenfalls ist authentisch, daß der Sultan seine Zustimmung zur Konferenz ausgedrückt, aber die Begehrung selbst verweigert hat. In Paris gilt als wahrscheinlich, daß der Zusammentritt der Konferenz auf Sonnabend vertagt wird.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 20. Juni. Obgleich Gerüchte von Veränderungen im Ministerium schon seit Anfangs voriger Woche in Umlauf waren, wurde die gesetzliche Meldung der „Kreuz-Ztg.“ von dem Entlassungsgesuch des Finanzministers Bitter doch noch vielfach bezweifelt, wie auch die Zurückhaltung eines Theils der heutigen Morgenblätter gegenüber der Nachricht beweist. Herr Bitter hat sie aber gern Abend auf an ihn gerichtete Anfragen bestätigt. Man würde die Unwahrheit sagen, wollte man behaupten, daß diese Neuigkeit oder auch nur die Frage, wer der Nachfolger sein werde, irgendwo Aufregung oder Spannung erregt hätte — etwa die Beamten des Finanzministeriums ausgenommen. Politiker und Publikum sind gegen Ministerveränderungen nachgerade abgestumpft; nicht bloß weil wir daran in den letzten Jahren für einen Staat, dessen Vorzug es sein soll, nicht parlamentarisch regiert zu werden, genug gehabt haben, um schon dadurch das Interesse daran zu verlieren; sondern mehr noch, weil man ja weiß, wie wenig der einzelne Minister seit Jahren unter dem Fürsten Bismarck bedeutet. Der dramatische Austritt — um diesen höflichen Ausdruck zu brauchen — des Grafen Eulenburg II. aus dem preußischen Kabinett war der letzte Fall dieser Art, welcher Aufsehen machte; schon das Ausscheiden des Grafen Stolberg, die Ernennung des Herrn v. Puttkamer zum Minister des Innern und des Herrn v. Goßler zum Kultusminister vollzog sich angehört einer Stimmung der Zuschauer, welche ein gern zittrender Parlamentarier durch die Verse aus dem Ritter Doggenburg kennzeichnete: „Ruhig mag ich Euch erscheinen, ruhig gehen sehn“, und Herrn Bitter's Gehör,

das Erscheinen seines Nachfolgers, wer es auch sein mag, kann noch weniger Sensation hervorrufen. Wie es auch um die Anekdoten stehen mag, die man sich über den letzten Anlaß zum Entlassungsgeuch des Herrn Bitter erzählt, der innere Grund unterliegt keinem Zweifel: wenn Herr Bitter auch den finanzpolitischen Plänen des Kanzlers niemals aktiven Widerstand entgegengesetzt hat, so hat er sie doch nicht gefordert, theils weil er eine gewisse Scheu vor der damit verbundenen Verantwortlichkeit empfand — hat er doch einmal ausdrücklich erklärt, er sei ebenso in der Finanzpolitik, wie in der Musik ein Anhänger der „klassischen Richtung“ —, theils weil ihm die erforderliche persönliche Befähigung, die Vertrautheit mit den Finanzen und die Rednergabe fehlte. Wer Herr Bitter wohl will, wozu seine persönlichen Eigenschaften allen Anlaß darbieten, kann sich nur freuen, daß man ihn nicht mehr am Ministerisch sehen — und hören wird; es war oft das Peinlichste, was man sich in dieser Beziehung vorstellen kann. Die Frage nach dem Nachfolger wird hauptsächlich in Scherzen erörtert. Zu dem, daß Herr Tiedemann dazu berufen sei, gesellt sich würdig die Versicherung, Herr v. Minnigerode solle Finanzminister werden, weil er jüngst im Reichstag mit seiner Resolution ein „Programm“ geleistet habe; die burschilose Unfähigkeit an die Stelle der burokratischen zu setzen, dürfte Fürst Bismarck aber als keinen Gewinn betrachten. Herr v. Rauchhaupt, der eifrige Ministerkandidat, hätte vielleicht bessere Aussichten, wenn er nicht in den letzten Tagen des Abgeordnetenhauses gegen das Verwendungsgesetz gesprochen hätte. So erscheint der Reichs-Schatzsekretär Scholz immer noch als der wahrscheinlichste Kandidat für die Nachfolge des Herrn Bitter. Er macht keine Prätentionen betreffs einer eigenen finanzpolitischen Meinung, nicht einmal in dem beschriebenen Maße wie Herr Bitter, daß er Scheu vor irgend einem Projekt des Kanzlers empfände; er ist so weit Fachmann, daß er das Budget des Reiches und des Staates klar übersieht; er kann geläufig sprechen und ist auch bereit, gelegentlich einmal mit den Liberalen polemisch anzubinden — was will man mehr! Mit diesen Eigenschaften kann man gegenwärtig sogar die preußischen und die Reichs-Finanzen gleichzeitig leiten.

Seit der Zeit, in welcher Leipzig zum Sitz des Reichsgerichts ernannt wurde, arbeitet die Stadt daran, für den ersten zu errichtenden Reichsgerichtspalast einen würdigen Platz zu beschaffen. Ein umfangreiches Terrain, das einerseits unmittelbar an die innere Stadt angrenzt und andererseits sich bis zu dem schönen Johannapark und den Wiesen und Wälfern, welche Leipzig von Plagwitz und Schleußig trennen, ausdehnt, bot sich in dem der Universität gehörigen botanischen Garten und den Nachbargrundstücken dar. Leipzig hat alle diese Ländereien theils durch Kauf, theils durch Tausch an sich gebracht, und nur von der Erwerbung des einen (Schwägrichen's Garten) zur Zeit noch Abstand genommen, weil die Forderung der jetzigen Besitzer — 1 Million Thaler — allzu hoch erscheint. Gleichzeitig hat die Stadt durch Anleitung der Hartorstraße, Regulierung der Pleiße und Erbauung einer Anzahl schöner breiter Brücken über dieselbe gute Zugänge zu dem in Aussicht genommenen Bauplatz bereitet. Vor allem soll dies aber geschehen durch eine große Brücke, welche in der Richtung von dem Obstmarkte nach der Nonnenmühle zu erbaut werden soll, und die einen Aufwand von nahezu einer halben Million Mark beanspruchende Abtragung des Obstmarktes und der Promenaden am Schlosse Pleißenburg, an deren Fertigstellung jetzt zahlreiche Hände arbeiten, hat vor allem den Zweck, nach dieser Brücke und dem Reichsgerichtspalaste hin eine schöne Auffahrt zu schaffen. Wenn man erwägt, daß die bereits gemachten und durch die in Aussicht genommene Erwerbung des Schwägrichenschen Gartens noch zu machenden Aufwendungen mit 10 Millionen Mark vielleicht noch zu niedrig angeschlagen werden, so wird begreiflich erscheinen, daß die Stadt ein lebhaftes Interesse daran hat, aus der Ungewissheit herauszukommen, ob Leipzig auch in Zukunft Sitz des Reichsgerichts bleibt, und ob das für die Errichtung des Reichsgerichtsgebäudes zubereitete Terrain von zuständiger Stelle für diesen Zweck angenommen wird, und es läßt sich denken, daß jede Kundgebung nach dieser Seite hin geeignet ist, eine gelinde Aufregung unter der Bewohnerschaft hervorzubringen. Zu einer solchen aber gab eine Besichtigung von Seiten einer Kommission, bestehend aus den Herren Staatssekretär Dr. v. Schelling, Geh. Oberregierungsrath Dr. Meyer, Reichsgerichtspräsident Dr. Simson und Ober-Rechtsanwalt Freiherr v. Seelendorff, welche unter Führung des Oberbürgermeisters Dr. Georgi (wie schon kurz gemeldet) am Sonnabend stattfand, hinreichend Veranlassung. Wie mitgetheilt wird, soll der Eindruck, welchen die genannten Herren von dem in Augenschein genommenen Terrain gewonnen haben, ein durchaus befriedigender gewesen sein, und man macht sich Hoffnung, daß der Bau des Reichsgerichtspalastes in nicht allzu ferner Zukunft in Angriff genommen werden dürfte.

Wien, 18. Juni. Die Volkspartei hat für ihre Agitation nicht ungeschickt die Zeit der parlamentarischen Pause gewählt. Die innere Politik ruht, die Landtage wideln ziemlich geräuschlos ihre Arbeit ab und werden kaum viel von sich reden machen. Da treten nun die Macher der neuen Partei auf und geben jeden Tag irgend ein neues Bulletin über ihre Existenz bekannt, so daß selbst jene, welche dieselbe anfangs kaum der Beachtung wert fanden, nun in Ermangelung eines besseren Stoffes sich doch mit ihr beschäftigen. Sie besteht jetzt aus ganz anderen Elementen, als da sie zum ersten Mal die Lärmtrommel rührte; man hat alle aufgenommen, von denen man wußte, daß sie mehr oder weniger Gegner der verfassungstreuen Linken sind, und wie sich bei dieser die ganze Aktion dahin zuspielt, das Ministerium zu stürzen, ist nun der Kern des Programms der Volkspartei, die Linke zu zertrümmern und unmöglich zu machen. Die Schwächen der Linken sind bekannt, es sind deren nicht wenige, aber in einem Punkte ist sie doch ihrem Programm immer treu geblieben,

die Sache der Deutschen hoch zu halten und gegen die unablässigen, von allen Seiten gegen dieselben gerichteten Angriffe zu verteidigen. Nun sagt die Volkspartei freilich, um das Misstrauen, das ihre Agitation erregt, zu befriedigen, sie wolle der deutschen Sache ebenfalls treu bleiben, aber auch den übrigen Nationalitäten ihr Recht wahren. Die deutsche Sprache als StaatsSprache zu erklären, wagen sie aber nicht, um damit ihre eventuellen Freunde von der slawischen Seite nicht vor den Kopf zu stoßen. Ihnen genügt es, den Deutschen als Kultursprache ein Vorrecht zu wahren. Was sie sonst von freisinnigen Titeln in ihrem Programm verkünden, ist uns schon von vielen Seiten verheißen, aber noch von keiner erfüllt worden. Daz man die nationalen Streitigkeiten besiegt sehn möchte, ist wohl ein Wunsch, der allgemein gehegt wird, aber wie diese zu besiegen sind, darüber wußte noch Niemand das richtige Rezept zu geben, es sei denn, daß man den Slawen ein Zugeständnis nach dem andern macht, bis sie die alleinigen Sieger sind, die den Andern Schweigen gebieten. Ganz eigenthümlich ist gegenwärtig noch die Haltung der Riegerung gegenüber dem Aufkommen dieser Partei. Daz diese die Linke bekämpft, ist ihr natürlich willkommen und angenehm, dann würde sie ja einen Theil des Regierungsprogramms erfüllen, sie hat aber nun auch Elemente zu sich herangezogen, die für kein Ministerium eine willkommene Erscheinung bilden. Man kann also nichts Anderes vorläufig thun, als zu warten, denn die ursprünglichen Leiter der neuen Partei, die sich indeß noch im Hintergrund halten, spekulieren doch auf die Nachfolgerschaft im Ministerium. Darum halten auch die Slawen noch sehr zurück und koetteten mit der neuen Partei nur insoweit, als sie die Linke und die Verfassungspartei schädigen. Wenn sie sonst nichts als dies zuwege bringen, haben sie der Rechten ja schon einen Dienst erwiesen.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 21. Juni.

— [Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gegen den Kardinal Ledochowski und die „Germania“ gegen die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“.] Der von uns bereits kurz zitierte Artikel der „N. A. Z.“ lautet:

„Der „Osservatore Romano“, das Amtsblatt der römischen Kurie enthält am 10. d. folgenden Artikel:

Bon Berlin kommt also die Nachricht von der nunmehr erfolgten Publikation des königlichen Decrets, welches das durch Kompromiß der Katholiken und Konservativen zu Stande gekommene neue Kirchengesetz sanktionirt und in Kraft setzt. Dieses Gesetz bildet in Wirklichkeit einen ersten und bemerkenswerten Schritt auf dem Wege des vollen und definitiven Friedensausgleichs (della completa e definitiva pacificazione) zwischen Staat und Kirche.

Es ist hier in politischen und in kirchlichen Kreisen aufgefallen, daß am folgenden Tage das „Journal de Rome“ schrieb:

„Wir sind erstaunt, in einem hiesigen katholischen Blatte aus Anlaß der Publikation des neuen preußischen Kirchengesetzes folgende Phrase zu finden:

„Man kann sagen, daß auf diese Weise der Konflikt zwischen der Kirche und dem Staat definitiv gelöst (définitivement résolu) ist.“

Die Beziehung auf den „Osservatore Romano“ ist unverkennbar und wird gerade dadurch bestätigt, daß derselbe nicht genannt ist; eine andere, unbedeutendere Zeitung würde das „Journal de Rome“, wenn es überhaupt dieselbe kritisiren wollte, ohne Scheu genannt haben. Aufallen mußte diese Kritik erstens, weil das „Journal de Rome“ sich im Allgemeinen den Anschein eines päpstlich-gouvernementalen Blattes zu geben sucht, und zweitens, weil es den Artikel des „Osservatore“ entstellt, etwas hineinlegt, was nicht darin steht, um dann sein Erstaunen über den Artikel auszudrücken. Erklärt aber wird dieser Vorgang, wenn die Angabe, der wir wiederholt in der Presse begegnet sind, richtig ist, daß der Kardinal Ledochowski einen bestimmenden Einfluß auf das „Journal de Rome“ besitze. Bekanntlich haben die katholischen Mächte die Gewohnheit oder doch die Befugniß, unter den vorhandenen Kardinälen einen zum Kardinal-Protektor, Cardinalis protector nationis, zu bestimmen, d. h. ihn damit zu betrauen, ihre besonderen Interessen am päpstlichen Stuhle zu vertreten und den Letzteren über die besonderen Verhältnisse des Landes zu informiren. Während langer Zeit sind Wahrnehmungen darüber zu machen gewesen, daß Monsignore Ledochowski sich selbst als Kardinalprotektor der polnischen Nationalität konstituiert zu haben scheint. Unter dieser Voraussetzung ist der Widerspruch zwischen der Haltung der genannten beiden Blätter erklärlich. Der „Osservatore Romano“ vertritt das Interesse der katholischen Kirche und begrüßt in der Verständigung zwischen den Konservativen jedes Befürworters und den Katholiken in Preußen einen wichtigen Schritt zu dem Friedenswerke, welches der preußischen Regierung und dem Hause der katholischen Kirche am Herzen liegt. Dasselben Sinnes würde unter ähnlichen Verhältnissen ein bestalter Kardinal-Protektor sein; dem Kardinal Ledochowski aber fehlt zu einem solchen Beruf noch Anderes als die Legitimation, fehlt die Kenntnis der Zustände der Nationalität, welcher er zwar durch seine Geburt angehört, aber von 1840 bis 1866 fremd geworden ist, und fehlt das Verständnis für ihre wahren Interessen und wirklichen Bedürfnisse. Er würde sonst nicht politische, destruktive Bestrebungen eines kleinen Theils der polnischen Bevölkerung beginnen, vielmehr begriffen haben, daß solche Bestrebungen es der Regierung erschweren müßten, Wünsche der Polen zu erfüllen, die gerade durch die Vermischung kirchlicher Bedürfnisse und politisch-revolutionärer Interessen bedenklich werden.“

Dieser Artikel der „Nordb. Allg. Ztg.“ erfüllt die „Germania“ mit der grimmigsten Wuth. In einer langen Auseinandersetzung behauptet sie zunächst, daß die Kritik des „Journal de Rome“ sich nicht gegen den „Osservatore Romano“, sondern gegen die unbedeutendere „Voce della Verità“ gerichtet gewesen sei, was, nebenbei gesagt, für die Bedeutung der offiziösen Auslagerungen über Ledochowski total gleichgültig ist. Sodann zu den Neuherungen der „Nordb. Allg. Ztg.“ über den Kardinal Ledochowski übergehend schreibt sie Folgendes:

„Noch weit trauriger wird der Eindruck, welchen dieser Artikel der „Nordb. Allg. Ztg.“ macht, wenn man in Betracht zieht, wie fränkend die Beschuldigungen sind, welche auf Grund dieser vollständig unrichtigen Annahmen gegen den Kardinal Ledochowski in dem offiziösen Blatt erhoben werden. Falsche Schlüsse begnügen sich gewöhnlich mit einer falschen Prämissen; die „Nordb.“ bedarf zu ihrer verdächtigenden Schlussfolgerung jeweils falscher Prämissen: erstens, daß das „Journ.“ eine feindliche Neuerzung des „Osservatore“ desavouirt habe, und zweitens, daß der Herr Kardinal-Erzbischof der Inspirator des „Journ.“ sei. Das Eine ist so falsch wie das Andere, wie die „Norddeutsche“ sich von Herrn v. Schlozer bestätigen

lassen kann. Unseres Wissens bekümmer sich der Kardinal um die Journalistik gar nicht, und wenn er es wollte, so würde er sicher nicht die Presse in Rom bevorzugen. Der Artikel macht auf uns den Eindruck, als ob es der „Nordb.“ an Material fehle, um die Ausschließung des Herrn Erzbischofs von Gnesen-Posen von der Begnadigung auf Grunde des Artikels 2 des neuen Gesetzes zu rechtfertigen. Der leichtsinnigen Auffassung leicht als falsch zu erweisender Thatachen und der allgemeinen, unbewiesenen Redensarten von „mangelndem Verständnis für die wahren Interessen und wirklichen Bedürfnisse“ macht man sich doch nur dann schuldig, wenn es an konkreten Anklagepunkten fehlt. Der Erzbischof hat während seiner langjährigen Verwaltung in Posen gezeigt, ein wie tiefs Verständnis für kirchliche und staatliche Interessen bei ihm vorhanden ist. Die „Nordb.“ wird sich erinnern, welche heftigen Angriffe seitens der liberalen polnischen Presse gegen ihn gerichtet worden sind. Es ist nicht der Mann, der irgend wie destruktive Bestrebungen begünstigen sollte und sich zum Werkzeug einer Partei hergäbe würde. Wenn die persönliche Vereinigung, welche mit dem Kulturmarsch verbunden ist, ersteren sachlichen, rubigen Würdigung der einschlägigen schwierigen Verhältnisse Platz gemacht hat, dann wird man erkennen, wie großes Unrecht man dem Manne gethan hat, der den wahren Interessen des Landes in der trefflichen Weise diente, als er sein hohes Amt über dem politischen Parteigetriebe hielt und zwischen den Leidenschaften der einen und den Mängeln der anderen Seite seinen Weg suchte, trotz aller Verhetzungen, trotz der Verfolgung und des Martyriums. Der Kulturmarsch hat die staatsbürglerliche Tugend der polnischen Bevölkerung auf eine äußerst harte Probe gestellt; wenn sie so gut bestanden ist, so sollte man eher dankbar des weisen Walents des Erzbischofes gedenken, statt ihn zu verleumden.

Es ist bei der Kritiklosigkeit des Publizums leicht, eine fable convenue zu schaffen, wenn dieselbe den Wünschen der Liberalen entspricht. So ist denn auch das Vorurtheil entstanden, daß die Herren Erzbischofe von Köln und Gnesen-Posen besonders unfriedliche Naturen seien und daß vor Allem der Kardinal Ledochowski dem Frieden entgegenarbeitet. Der erste thatliche Beweis dafür soll noch erbracht werden. Wir dürfen leider kaum erwarten, daß die unbewiesenen und unbeweisbaren Verdächtigungen bald aufhören. Vielleicht nicht eher, als bis die genannten Kirchenfürsten durch eine eklante Thatache bewiesen haben, daß sie auch das größte Opfer zu bringen wissen, wenn es wirklich dem Frieden zu dienen vermag. So lange freilich in der „Nordb. Allg. Ztg.“ der alte Kulturmarsch mit der gewohnten Mischarbeit der thatlichen Wahrheit sein Wesen treibt, kann man leicht in den Zweifel zurückfallen, ob der Friede schon so nahe sei, um ein „seidendes Opfer zu rechtfertigen. Wir wollen vorläufig abwarten ob die „Nordb.“ von der Richtigstellung der Thatachen in gebührender Weise Notiz nimmt und dadurch wenigstens den Verdacht ausschließt, als ob mehr wie ein bedauerlicher Irrthum im Spiele sei.“

Man darf auf die Antwort der „N. A. Z.“ begierig sein. Den Ultramontanen ist der Kamm bereits so geschwollen, daß sie bei dem Gedanken, Ledochowski und Melchers könnten von der Begnadigung ausgeschlossen bleiben, ganz außer sich gerathen; die Demütigung des Staates wäre dann ja keine vollständige, und eine solche ist es, auf welche sie versessen sind. Freilich klingt durch den Artikel der „Germania“ auch etwas wie Resignation betreffs der genannten beiden Erzbischofe. Ihr eventueller freiwilliger Rücktritt wird doch wenigstens als entfernte Möglichkeit zugegeben.

In völliger Übereinstimmung mit unseren Bemerkungen zu der obigen offiziösen-klerikalen Polemik äußert sich die „N. L. C.“ wie folgt:

„Die Begnadigung und Wiedererkennung der abgesetzten Bischöfe läßt trotz der Verfundigung des neuen Kirchengesetzes auf sich warten. Die ultramontanen Blätter sind darüber um so verstimmt, als sie die Rückkehr wenigstens eines oder des andern der abgesetzten Bischöfe für unmittelbar bevorstehend angesehen und sich davon nicht mit Unrecht einen gewaltigen, auch dem gemeinen Mann in die Augen fallenden Triumph versprochen hatten. Aus einer gereizten Polemik zwischen der „Nordb. Allg. Ztg.“ und der „Germania“ kann man schließen, daß in den maßgebenden staatlichen sowohl als kirchlichen Kreisen zur Zeit Erwägungen stattfinden, welchen Bischöfen die Begnadigung gewährt, bezw. ein Vericht auf ihre Stellen nahegelegt werden soll. Das offiziöse Blatt enthält wieder einmal ein Stück aus dem Sündenregister des Kardinals Ledochowski, während die „Germania“ denselben von jeder Schuld freizusprechen sucht, dabei aber doch andeutet, daß der genannte geistliche Herr, sowie der vormalige Erzbischof Melchers unter Umständen das Opfer des Verichts auf ihre Stellen bringen könnten. Daß man die Möglichkeit der Wiedererkennung eines Ledochowskii überhaupt nur ins Auge faßt, zeigt von der tiefen Zuversicht, die im clerikal Lager wieder herrscht.“

r. Die Prediger-Wittwenkasse für die Provinz Posen hatte während der Zeit vom 1. April 1881–82 eine Gesamt-Einnahme von 910 M., davon 302 M. Besitz vom Vorjahr, 3247 M. Zinsen von Kapitalien, 816 M. Beiträge von Mitgliedern, Staatszuschuß 500 M., 3900 M. zurückgezahlte Kapitalien etc. Die Ausgabe betrug 8801 M., wovon 4272 M. für Pensionen, 4500 M. für Kapitalsvermehrung; es ist somit ein Betrag von 309 M. verblieben. Das Kapital-Bvermögen beträgt 65.828 M., wovon in Hypotheken 62.798 M., in Wertpapieren 3030 M. Die Zahl der Witwen, welche im Etatsjahr 1881/82 je 417 M. Pension erhielten, betrug 11.

r. Neubau einer Synagoge. Auf Antrag des Vorstandes der hiesigen jüdischen Korporation hat das Repräsentanten-Kollegium derselben am 18. d. M. mit Rücksicht darauf, daß eine Umgestaltung der Betshulen auf der Judenstraße in zweckentsprechender Weise herzustellen nicht möglich ist, einstimmig den Neubau einer Synagoge beschlossen. Nach dem aufgestellten Finanzplan soll eine Belastung der Gemeinde dadurch nicht herbeigeführt werden.

— Neue Bahnstrecke. Am 1. Juli d. J. wird, laut Bekanntmachung des Reichseisenbahnamtes im Bezirk der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Bromberg die 22,0 Km. lange Bahnstrecke Thorn-Culmsee, welche auf Station Thorn Anschluß an sämtliche dort mündende Bahnlinien hat, mit den Haltestellen Thorn Stadt, Noder, Ostaszewo und der Station Culmsee dem öffentlichen Verkehr übergeben werden.

Wollmarkt.

Berlin, 20. Juni. Nach den nunmehr zusammengestellten amtlichen Ermittlungen haben sich die Stadtläger auch in den letzten Tagen nach herangeförmten Zufuhren auf 61.849 Ztr. erhöht, während auf dem Wollmarkt ein Quantum von 21.158 Ztr. lagerte, so daß die gesamten Bestände zur Zeit des Wollmarktes 83.007 Ztr. gegen 61.067 Ztr. im Vorjahr, betrugen mitin diesmal mehr 21.940 Ztr. — Die Vorauflage einzelner Händler, daß das Geschäft sich heute auf dem eigentlichen Wollmarkt lebhafter entwickeln werde, ist nicht in Erfüllung gegangen, denn Vormittags durften kaum 1000 Ztr. diverser Gattungen ihren Besitzer gewechselt haben. Händler bestehen fest auf Forderungen, während andererseits Reisekantanten nicht geneigt sind, dieelben zu bewilligen, so daß der Handel fast vollständig zum Stillstand gelangt ist. Forstler Fabrikanten, die in größerer Anzahl heute auf dem Markt erschienen, sahen sich fast nur nach Schmutzwollen um und da sie solche hier nur vereinzelt fanden, auch die geforderten Preise für zu hoch befunden wurden, fuhren sie wieder auf Stadtläger. Einzelne Posten sind bereits vollständig zurückgezogen und es sieht zu erwarten, daß das Gros der Wollen Nachmittag auf Stadtläger gehen wird. Der Begebung harrend sind von besseren Wollen nur noch vereinzelte Posten, für die zu hoch

gesordert wird, dann geringere Mittel-, Russikal- und Schmuckwollen. Die bei Beginn des Marktes erzielten Preise waren in keinem Falle zu erreichen, führten sich vielmehr nur ein Drittel bis ein Thaler über leitäbigen Stand, für geringere Gattungen und schlechte Wäsch' sogar vereinzelt unter demselben. — Das Stadtgeschäft bewahrte seinen schwerfälligen Charakter. Bevorzugte Beachtung hatten gute Hinter- und vorpommische Wollen. Betreffs der erzielten Preise ist zu bemerken, daß diejenigen Wollen, welche im letzten Jahrgang schlecht ausgefallen waren, auf Grund ihrer diesmaligen besseren Behandlung einen kleinen Aufschlag erzielten, gleichartige Wäsch' wie im Vorjahr ungefähr leitäbige Wollmarkts-Preise bedingten. Die Kammgarnspinner sind in der Lage, gegenüber den festen Londoner Auktionspreisen und angesichts ihrer Vollbeschäftigung bis zum Jahresende höhere Preise als Fabrikanten zu bewilligen, die zwar gleichfalls in der Mehrzahl stolt zu thun haben, aber ihre Fabrikate nicht so günstig, wie die Kammgarnspinner zu plazieren im Stande sind. Wenn auch die Konkurrenz der überseeischen Wollen sich gelegentlich des diesmaligen Wollmarktes fühlbar mache, so ist doch augenscheinlich guter Bedarf für das deutsche Produkt vorhanden, das zur Erzielung eines kräftigen Fabrikats zur Verarbeitung mit den Kolonialwollen nicht entbehrt werden kann. Da viele Restanten im Laufe des Vormittags vom Wollmarkt auf die Stadtläger gegangen sind, so bleibt es nicht ausgeschlossen, daß das Nachmittagsgeschäft einen schlankerem Verlauf als bisher nehmen werde.

Lübeck., 20. Juni. Die Zufuhr betrug 3500 Str., mithin 800 Str. mehr als im vergangenen Jahre. Das Geschäft verlief sehr lebhaft, so daß bereits Mittags fast alles verkauft war. Die Wäsch' waren gut. Klust- und Mittelwollen stellten sich 5—10 M., feinere 3 bis 9 M. höher als im Vorjahr. Klustwollen wurden mit 135 bis 155 M., Mittelwollen 156—170 M., feine 168—183 M. bezahlt. Käufer waren Hamburger Händler und Reumünsterer und nordische Fabrikanten.

Petersburg., 20. Juni. Durch einen kaiserlichen Uras an den Justizminister werden die zur Zeit bestehenden Zivilgesetze an eine besondere aus im Zivilrecht theoretisch und praktisch erfahrenen Personen gebildete Kommission unter dem Vorsitz des Justizministers verwiesen; diese Kommission ist beauftragt, einen Zivilcode auszuarbeiten.

Konstantinopel., 20. Juni. Der deutsche Oberst Röhler ist unter Verleihung des Osmanieordens zweiter Klasse zum Brigadegeneral ernannt worden, die drei übrigen deutschen Offiziere wurden zu Obersten ernannt und erhielten den Osmanieorden dritter Klasse. — Said Pascha soll den Botschaftern gestern mitgetheilt haben, daß die Pforte ihre Bedenken gegen die Konferenz noch nicht aufgeben könne.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anmerke übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni.

| Datum | Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe | Wind. | Wetter. | Temp. i. Cels. Grad. |
|----------------------------------|--|------------|---------------|----------------------------|
| 20. Nachr. 2 | 754,6 | SW schwach | bedeckt | +17,5 |
| 20. Abends, 10 | 755,3 | NW schwach | bed. regenhaf | +13,3 |
| 21. Morgs. 6 | 755,1 | NW schwach | bed. regenhaf | +12,0 |
| 1) Regenhohe: 4,7 mm. | | | | |
| Am 20. Wärme-Maximum +19,5 Cels. | | | | |
| Wärme-Minimum +11,2 | | | | |

Wetterbericht vom 20. Juni, 8 Uhr Morgens.

| Ort. | Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeressnv. reduz. in mm. | Wind. | Wetter. | Temp. i. Cels. Grad |
|----------------|---|-------|----------------|---------------------------|
| Hullaghmore | 757 | W | 5 bedeckt | 12 |
| Aberdeen | 756 | NW | 1 halb bedeckt | 14 |
| Christianfund | 757 | SO | 3 wolfig | 15 |
| Kopenhagen | 758 | S | 4 halb bedeckt | 14 |
| Stockholm | 763 | SO | 6 halb bedeckt | 17 |
| Harapanda | 769 | SW | 2 halb bedeckt | 11 |
| Petersburg | 768 | O | 1 wolfigenlos | 16 |
| Moskau | 760 | N | 1 halb bedeckt | 17 |
| Gorl, Queenst. | 760 | WNW | 4 wolfig | 12 |
| Breit | 763 | OND | 4 Nebel | 13 |
| Helder | 757 | WSW | 2 halb bedeckt | 13 |
| Sylt | 754 | SW | 2 wolfig | 13 |
| Hamburg | 758 | SW | 5 wolfig | 14 |
| Eswinemünde | 760 | S | 3 heiter | 15 |
| Neufahrwasser | 761 | SO | 1 wolfig | 19 |
| Memel | 762 | SO | 3 bedeckt | 19 |
| Paris | 763 | SW | 2 bedeckt | 12 |
| Münster | 759 | SSW | 4 bedeckt | 12 |
| Karlsruhe | 763 | R | 5 halb bed. | 16 |
| Wiesbaden | 761 | SW | 1 bedeckt | 13 |
| München | 765 | SW | 2 wolfig | 13 |
| Leipzig | 761 | SW | 5 halb bedeckt | 15 |
| Berlin | 760 | SW | 1 halb bedeckt | 14 |
| Wien | 764 | W | 2 bedeckt | 11 |
| Breslau | 763 | WSW | 1 Regen | 12 |
| Nie. d'Aix | 765 | WNW | 5 Regen | 15 |
| Nizza | 762 | W | 2 heiter | 19 |
| Triest | 763 | RD | 5 halb bedeckt | 15 |

1) Seegang leicht. 2) Seegang leicht. 3) Früh wenig Regen
4) Dunst. 5) Regnerisch und böig. 6) Nachmittags Gewitter. 7) Gestern öster Regenschauer. 8) Mittags starker Regen.

Skala für die Windstärke:
1 = leicht Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstengzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mitteleuropa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Übersicht der Witterung.

Das vor dem Slagerat liegende Minimum verursacht auf seiner Ost-, Süd- und Westseite vorwiegend trübes, stellenweise regnerisches Wetter, während im Norden und Nordosten, wo über Finnland ein Maximum sich ausbreitet, die Bevölkerung beträchtlich geringer geworden ist. Die Temperatur ist fast überall gestiegen. Wilhelmshaven hatte gestern Mittag, Karlsruhe gegen 4 Uhr Nachmittag Gewitter.

Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Werthe.

| | |
|--------------------|---------------------|
| Posen, am 20. Juni | Morgens 0,56 Meter. |
| " 20. " | Mittags 0,54 " |
| " 21. " | Morgens 0,52 " |

Telegraphische Börsenberichte.

Fond-Course.

Frankfurt a. M., 20. Juni. (Schluß-Course.) Matt. Lond. Wechsel 20,45. Pariser do. 81,30. Wiener do. 170,21. G.-M. St.-A. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsl. 104,5. R.-M.-Br.-Anth. 127,5. Reichsbank. 101,5. Reichsbank 149,5. Darmstib. 159. Steininger 8,94. Ost.-ung. Bl. 702,50. Kreditaktien 271,5. Silberrente 65,5. Papierrente 64,5. Goldrente 80. Ung. Goldrente 74,5. 1860er Loos 122. 1854er Loos 326,30. Ung. Staats. 224,00. do. Ost.-Ob. II. 93,5. Böhm. Westbahn 268,5. Elisabethb. — Nordwestbahn 174. Galizier 267,5. Franzosen 271. Lombarden 120. Italiener 89. 1877er Russen 85,5. 1880er Russen 69,5. II. Orientali. 56,5. Zentr.-Pacific 112,5. Diskonto-Kommandit — III. Orientali. 57,5. Wiener Bantverein 98,5. ungarische Papierrente — Buschtherader — Oberschlesien — 5prozent. österr. Papierrente 78,5. Dur-Bodenbacher — Nationalbank für Deutschland — Egypter 59,5. Schweizer Centralbahn — Russische Pfandbriefe —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 271,5. Franzosen 270,5. Galizier 267,5. Lombarden 120. II. Orientali. — III. Orientali. — österr. Goldrente — Egypter 59,5. — Frankfurt a. M., 20. Juni. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 271,5. Franzosen 270,5. Lombarden — Galizier 267,5. österreich. Goldrente — ungarische Goldrente 74,5. II. Orientali. — österr. Silberrente — Egypter 59,5. III. Orientali. — 1860er Russen — Wiener Bantverein — 1860er Loos — Diskonto-Kommandit — Oberschlesien — 5prozent. österr. Papierrente — Nationalbank für Deutschland — Egypter 59,5. Schweizer Centralbahn — Russische Pfandbriefe —.

Wien, 20. Juni. Ungarische Kreditaktien 31,50. österreichische Kreditaktien 317,50. Franzosen 316,50. Lombarden 140,00. Galizier 313,75. Anglo-Austr. — österr. Papierrente 76,50. do. Goldrente — Russische Pfandbriefe 58,80. Napoleon 9,57. Bantverein 115,00. Elbthal 220,25. ungar. Papierrente — 4prozent. ungar. Goldrente 87,95. Sprozentige ungarische Goldrente — Nordwestbahn — Matt.

Wien, 20. Juni. (Schluß-Course.) Abgaben der Platzspekulation drückten durchweg erhelltlich, besonders beide Kreditaktien und Franzosen.

Papierrente 76,57,5. Silberrente 77,30. österr. Goldrente 94,40. 6-prozent. ungarische Goldrente — 4prozent. ung. Goldrente 87,90. 5-prozent. ung. Papierrente 86,20. 1854er Loos 119,70. 1860er Loos 130,00. 1864er Loos 171,00. Kreditloose 176,00. ungar. Prämien. 118,50. Kreditaktien 317,50. Franzosen 317,25. Lombarden 139,75. Galizier 313,75. Kasch.-Oberb. 147,50. Bardubitzer 152,00. Nordwestbahn 204,25. Elisabethbahn 210,70. Nordbahn 276,50. Österreich. ungar. Bank — Türk. Loos — Unionbank 121,80. Anglo-Austr. 122,50. Wiener Bantverein 114,50. ungar. Kredit 310,50. Deutsche Plätze 58,75. Londoner Wechsel 120,20. Pariser do. 47,77. Amsterdamer do. 99,40. Napoleon 9,57,5. Diskaten 5,65. Silber 100,00. Marknoten 58,75. Russische Bananoten 1,20. Lemberg-Zernowits — Kronpr.-Rubel 167,50. Franz-Josef — Dur-Bodenbacher — Böhm. Westbahn — Buschtherader Bahn — Tramway 224,00.

4prozent. ungar. Bodenkreis-Pfandbriefe — Elbthal 220,50. 5prozent. österr. Papierrente 92,30. ungar. Goldrente — Buschtherader B. — ung. Präm. — Escompte —.

Paris, 19. Juni. Boulevard-Verkehr. 3prozent. Rente 81,20. Anleihe von 1872 114,77,5. Italiener 89,85. österr. Goldrente — Türk. Loos — Unionbank 121,80. Anglo-Austr. 122,50. Wiener Bantverein 114,50. ungar. Kredit 310,50. Deutsche Plätze 58,75. Londoner Wechsel 120,20. Pariser do. 47,77. Amsterdamer do. 99,40. Napoleon 9,57,5. Diskaten 5,65. Silber 100,00. Marknoten 58,75. Russische Bananoten 1,20. Lemberg-Zernowits — Kronpr.-Rubel 167,50. Franz-Josef — Dur-Bodenbacher — Böhm. Westbahn — Buschtherader Bahn — Tramway 224,00.

4prozent. ungar. Bodenkreis-Pfandbriefe — Elbthal 220,50. 5prozent. österr. Papierrente 92,30. ungar. Goldrente — Buschtherader B. — ung. Präm. — Escompte —.

Paris, 19. Juni. Boulevard-Verkehr. 3prozent. Rente 81,20. Anleihe von 1872 114,77,5. Italiener 89,85. österr. Goldrente — Türk. Loos — Unionbank 121,80. Anglo-Austr. 122,50. Wiener Bantverein 114,50. ungar. Kredit 310,50. Deutsche Plätze 58,75. Londoner Wechsel 120,20. Pariser do. 47,77. Amsterdamer do. 99,40. Napoleon 9,57,5. Diskaten 5,65. Silber 100,00. Marknoten 58,75. Russische Bananoten 1,20. Lemberg-Zernowits — Kronpr.-Rubel 167,50. Franz-Josef — Dur-Bodenbacher — Böhm. Westbahn — Buschtherader Bahn — Tramway 224,00.

Paris, 19. Juni. Boulevard-Verkehr. 3prozent. Rente 81,20. Anleihe von 1872 114,77,5. Italiener 89,85. österr. Goldrente — Türk. Loos — Unionbank 121,80. Anglo-Austr. 122,50. Wiener Bantverein 114,50. ungar. Kredit 310,50. Deutsche Plätze 58,75. Londoner Wechsel 120,20. Pariser do. 47,77. Amsterdamer do. 99,40. Napoleon 9,57,5. Diskaten 5,65. Silber 100,00. Marknoten 58,75. Russische Bananoten 1,20. Lemberg-Zernowits — Kronpr.-Rubel 167,50. Franz-Josef — Dur-Bodenbacher — Böhm. Westbahn — Buschtherader Bahn — Tramway 224,00.

Paris, 19. Juni. Boulevard-Verkehr. 3prozent. Rente 81,20. Anleihe von 1872 114,77,5. Italiener 89,85. österr. Goldrente — Türk. Loos — Unionbank 121,80. Anglo-Austr. 122,50. Wiener Bantverein 114,50. ungar. Kredit 310,50. Deutsche Plätze 58,75. Londoner Wechsel 120,20. Pariser do. 47,77. Amsterdamer do. 99,40. Napoleon 9,57,5. Diskaten 5,65. Silber 100,00. Marknoten 58,75. Russische Bananoten 1,20. Lemberg-Zernowits — Kronpr.-Rubel 167,50. Franz-Josef — Dur-Bodenbacher — Böhm. Westbahn — Buschtherader Bahn — Tramway 224,00.

Paris, 19. Juni. Boulevard-Verkehr. 3prozent. Rente 81,20. Anleihe von 1872 114,77,5. Italiener 89,85. österr. Goldrente — Türk. Loos — Unionbank 121,80. Anglo-Austr. 122,50. Wiener Bantverein 114,50. ungar. Kredit 310,50. Deutsche Plätze 58,75. Londoner Wechsel 120,20. Pariser do. 47,77. Amsterdamer do. 99,40. Napoleon 9,57,5. Diskaten 5,65. Silber 100,00. Marknoten 58,75. Russische Bananoten 1,20. Lemberg-Zernowits — Kronpr.-Rubel 167,50. Franz-Josef — Dur-Bodenbacher — Böhm. Westbahn — Buschtherader Bahn — Tramway 224,00.

Paris, 19. Juni. Boulevard-Verkehr. 3prozent. Rente 81,20. Anleihe von 1872 114,77,5. Italiener 89,85. österr. Goldrente — Türk. Loos — Unionbank 121,80. Anglo-Austr. 122,50. Wiener Bantverein 114,50. ungar. Kredit 310,50. Deutsche Plätze 58,

Produkten-Börse.

Berlin, 20. Juni. Wind: SW. Wetter: Bewölkt.

Obwohl die Witterung heute noch regenlos und die auswärtigen Berichte wenig fest, nahm der heutige Markt für Getreide recht feste Tendenz an.

Loko-Weizen in seiner Ware gesragt und fest. Termine erfreuen sich ziemlich reger Frage und einer durchgängigen Besserung von 1 M. welche für laufende Sicht nach Schluß vollständig verloren ging, als stärkeres Realisationsangebot Unterkommen suchte.

Loko-Rogggen schwach offerirt, erzielte bei guter Frage bessere Preise. Im Terminverkehr herrschte trotz des ancheinend beständigen Wetters recht feste Stimmung. In Folge der anhaltend schwachen Zufuhren effektiver Waare entwickele die Blaspekulation gegen Deckungsbegehr für nahe Termine, welche bei knapper Offert. reichlich 2 M. anzogen, während die späteren Sichten in langsamem Tempo folgten, so daß der Export ferner angewachsen ist. Der Schluß zeigte eine kleine Ab schwächung.

Loko-Häfer wenig verändert, Termine etwas fester.

Rogggenmehl fest und höher.

Mais in fester Haltung.

Rübböll auf nahe Lieferung gut gesragt, mußte neuerdings etwas höher bezahlt werden, während Herba nur eben behauptet blieb.

Petroleum ohne Handel.

Spiritus in effektiver Waare vernachlässigt, notirte etliche Groschen schlechter. Nichtsdestoweniger haben sich Termine in Folge der Festigkeit im Getreidemarkt behauptet, aber das Geschäft war nichts weniger als lebhaft.

Weizen per 1000 Kilo loko 198—228 M. nach Qualität gesfordert, abgel. Anmelb. — bezahlt, defekter Polnischer — M. ab Bahn bez., ver Juli 209—210 bez., ver Juli-Juli 209—210 bez., ver Juli-

Berlin, 20. Juni. Der Börse fehlte es heute an Anregung und so war es denn auch leicht erklärlich, daß sie in der Hauptsache eine gedrückte, zum Theil sogar matte Physiognomie zeigte. Einigermaßen hatten auch die Coursmeldungen von der Wiener Börse hierzu beigetragen. Die Notirungen für die Hauptspeculationspapiere wurden ohne Angabe einer näheren Begründung niedriger gemeldet und mußte daraus hin auch die hiesige Börse den Coursstand mit den Wiener Notirungen in Einklang setzen. Nach und nach vermochten die Course aber eine kleine Aufbesserung durchzusetzen. Der Verkehr blieb sehr eingeschränkt, da man nach keiner Seite sich recht engagiren mochte. Die Contremine bleibt aber in ihrer Position und schreitet keineswegs

Bonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 20. Juni 1882.

Preußische Bonds- und Wertpapier-Börse:

Preuß. Cons. Anl. 141/104,50 b3G

do. neue 1878 4 101,70 b3

Gtaats-Anleihe 4 100,60 G

Gtaats-Schuldch. 3/4 99,25 b3

Ob.-Deichs.-Obd. 4 102,50 G

do. do. 3/4 104,25 b3

Ealdo. d. B. Kfm. 4 101,30 b3

Kur. u. Neumärk. 3/4 95,00 b3

do. neue 3/4 91,90 b3

do. neue 4 101,60 G

Q. Brandbg. Kreis. 4

Oppreunische 3/4 100,70 b3G

do. 4

Westpr. ritterisch. 3/4 92,50 G

do. 4 101,25 B

do. I. B. 4 101,00 b3B

do. II. Serie 4 102,30 G

Reuldsch. II. Serie 4 101,20 b3

do. do. 4 102,40 B

Bojenische, neue 4 100,60 G

Sächsische 4

Wormmerische 3/4 91,50 b3

do. 4 101,10 B

do. 4 102,50 G

Schlesische altl. 3/4

do. alte A. 4

do. neue I. 2

Rentenbriefe: Kur. u. Neumärk. 4 101,20 b3

Pommersche 4 100,70 b3

Bojenische 4 100,70 G

Preußische 4 100,70 G

Kreis. u. Westfäl. 4 100,80 G

101,75 G

100,75 G

20. Frankfurde 4 16,26 b3

do. 500 Gr. 4

Dollar 3

Imperial 16,69 b3

do. 500 Gr. 139,55,50 G

Engl. Banknoten 20,43 b3

do. einlös. 500. L. 81,20 G

Fransö. Banknot. 170,45 b3

do. Silbergulden 206,15 b3

Russ. Noten 100 Rödl. 4

Deutsch. Bonds. 4 101,60 b3

dt. R. 114,25 B

Deß. Prich. a. 10 Th. 303,00 b3

Bad. Br. 4 132,75 G

do. 35 fl. Obig. 216,40 B

Bair. Prüm. Anl. 4 134,75 G

Braun. 4 100,00 b3B

Brem. Anl. v. 1874 4 103,10 b3

Cöln-Pr. Anl. 3/4 127,50 b3

Deß. St. Pr. Anl. 3/4 126,00 G

Hof. Pr. Obig. 5 118,40 b3

do. II. Abth. 5 116,50 B

Haw. 50-Dhr. L. 3 187,00 G

Übener. Pr. Anl. 3/4 181,60 G

Med. Eisenbahn. 3/4 94,90 b3

Steininger. 28,00 B

do. Pr. Obig. 4 118,00 B

Oldenburger. 148,10 b3

D. G. C. B. Pf. 110 5 108,40 G

do. do. 4 96,25 b3G

dt. Hypoth. unf. 5 104,90 b3

do. do. 4 102,30 b3

Stein. Hyp. B. Pf. 4 101,40 b3G

Arhd. Grod. B. Pf. 5 100,00 G

Com. Hyp. Pf. 4

Bonum. D. B. L. 105,00 b3

do. II. IV. 110,50 102,75 G

Bonum. III. v. 100 b3 99,75 b3G

Br. S. G. O. Br. v. 5 114,20 G

do. do. 110 b3 108,80 G

do. do. 110 b3 99,70 b3

do. (1872 u. 73) 5 102,75 b3

do. (1872 u. 73) 5 102,75 b3

do. (1874) 5

Br. Hyp. v. B. 120 b3 103,60 b3G

do. II. rda. 100 b3 100,80 b3G

Schles. Bod. Gred. 5 102,30 b3

do. do. 4 106,40 G

do. do. 4 101,60 b3B

Stettiner Rat. Hyp. 5 102,75 b3

do. do. 4 102,75 b3

do. do. 4 100,60 G

Amerik. gef. 1881 6

do. do. 1985 6

do. Bch. (fund.) 5

Norweger Anleihe 4 129,80 G

Österr. Goldrente 4 80,50 b3G

do. Pap. Rent. 4 65,00 G

do. Silber-Rente 4 65,60 b3

do. Discontob. 4 250 fl. 1859 1

do. Cr. 100 fl. 1856 —

do. Bch. 1860 5 122,10 b3

do. do. v. 1854 5

Ungar. Goldrente 5 101,90 b3B

do. St. Gf. B. 5 95,50 b3B

do. Böse 5 225,00 B

do. Tab. Obig. 6 89,30 b3

Austrianer 8

Österr. Börs. 5 49,60 G

do. Gentr. Börs. 5 73,00 b3

do. Boden-Credit 5 81,20 b3

do. Engl. A. 1822 5 82,60 b3B

do. do. A. v. 1862 5 83,10 G

do. do. 1877 5 74,40 b3

do. do. 1880 4 69,80 b3G

do. Pr. v. 1864 5 139,00 b3B

do. 5. J. Stieg. 5 58,75 b3

do. 8. do. do. 5 79,30 b3

do. Bch. Obig. 4 79,30 b3

Bola. Pfandbr. 5 63,30 b3

do. do. 5

do. Liquidat. 4 55,30 b3

Türk. Anl. v. 1866 5 12,50 b3B

do. do. v. 1869 5

do. Böse volige. 5

do. do. 5